

II- 42

der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates  
XIII. Gesetzgebungsperiode

Präs..

2. Dez. 1971

No. 31/7

## Anfrage

der Abgeordneten HUBER,  
und Genossen

*Dr. Halder*

an den Bundesminister für Bauten und Technik betreffend die Errichtung eines Ämterhauses für Bundesbehörden in Lienz

Die meisten Dienststellen der Bundesbehörden in Lienz sind in gemieteten Objekten untergebracht; einige davon sind räumlich sehr beengt. So arbeiten das Finanzamt Lienz (in zwei kilometerweit voneinander entfernten Objekten), das Vermessungsamt Lienz und das Arbeitsamt Lienz in angemieteten Räumlichkeiten. Um diesem Übelstand abzuheilen und den Bau eines Ämterhauses für die Dienststellen aller Bundesbehörden zu ermöglichen, hat die Stadtgemeinde Lienz an die Republik ein Grundstück verkauft.

Für den zu errichtenden Neubau hat bereits am 11.12.1970 die Bauverhandlung stattgefunden.

Nunmehr droht dem Vermessungsamt Lienz die Aufkündigung des Bestandverhältnisses durch den Vermieter. Eine interimistische anderweitige Unterbringung wird nicht leicht möglich sein. Dieser Umstand, das Bedürfnis der Bevölkerung nach zentraler Unterbringung der Dienststellen der Bundesbehörden und die Arbeitsbedingungen in einzelnen Ämtern machen die dringende Inangriffnahme des geplanten Bauvorhabens erforderlich.

Die unterfertigten Abgeordneten richten daher an den Herrn Bundesminister für Bauten und Technik folgende

## Anfrage:

1. Welche Zeitpunkte sind für Baubeginn und Fertigstellung des neuen Ämterhauses in Lienz vorgesehen?
2. Auf welchen Betrag werden sich die Gesamtbaukosten belaufen?